Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Merz’ Mehrheit mit der AfD erschüttert auch Brüssel
2. Pläne von CDU und CSU: Logistiker warnen vor Folgen von Grenzkontrollen
3. Grönland und die USA: Rutte ist machtlos
4. Gutes Gas, schlechtes Gas
5. General Motors schafft erstmals, was viele andere Autobauer nicht schaffen: Geld mit E-Autos verdienen
6. „Heute fehlt das Geld“: Kritik an milliardenschweren Dividenden bei VW
7. 70 Berliner Brücken müssen abgerissen werden: Droht ein Verkehrskollaps?
8. Wie Oligarch Abramowitsch mit seinen Yachten Millionen an Steuern hinterzogen haben dürfte
9. Jugendliche Rekruten: »Nie wieder dürfen Kinder eingezogen werden«
10. Bericht: Nato will geheime Militärinformationen an die Industrie weitergeben
11. Friedensfürst Trump? Große Pläne, schmutzige Realität
12. In der sich erwärmenden Arktis schlummert eine einzigartige wirtschaftliche Chance
13. Von Stargate zu DeepSeek
14. NS-Experte zu Antisemitismus-Resolution: „Wissenschaftsfremd und wissenschaftsfeindlich“
15. „Wie geht’s, Deutschland“: Weidel darf reden, Wagenknecht nicht

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Merz’ Mehrheit mit der AfD erschüttert auch Brüssel**
   CDU-Kanzlerkandidat Merz hat seinen Fünf-Punkte-Plan gegen Migration mit

den Stimmen der AfD durchgebracht. Das erschüttert nicht nur Berlin, sondern auch Brüssel.
Bei einem Empfang mit EU-Abgeordneten aus Belgien und Luxemburg am Mittwochabend in Brüssel war Merz' Coup das Thema Nummer eins. Das sei historisch, damit sei die "Brandmauer" endgültig gebrochen, hieß es.
Allerdings waren die Abgeordneten nicht erstaunt. Ähnliches hatten sie schon bei einer Abstimmung zu Venezuela im Europaparlament erlebt. Da sicherte sich CSU-Mann Weber mit den Rechten eine Mehrheit.
In gewisser Weise ist Brüssel sogar das Versuchslabor für Berlin.
Quelle: Lost in Europe

dazu: **Reaktionen auf Merz' Migrationsplan: „Es könnte einen Kaskadeneffekt in ganz Europa geben"**
Die Berliner Zeitung hat linke CDUler, Realos von den Grünen und das enthaltsame BSW zum Erfolg von Friedrich Merz' Antrag zur Einwanderung befragt. Die Antworten überraschen.
Quelle: Berliner Zeitung

dazu auch: **Abstimmung im Bundestag: Friedrich Merz bedauert Mehrheit mit Stimmen der AfD**
Der Bundestag hat für eine strengere Migrationspolitik gestimmt. CDU-Chef Merz sagt, er bedauere, dass die Mehrheit mit Stimmen der AfD zustande gekommen sei.
Friedrich Merz (CDU) hat nach Abstimmungen im Bundestag über eine strengere Migrationspolitik beteuert, er suche „keine anderen Mehrheiten als die in der demokratischen Mitte unseres Parlaments". Ein von der Union zur Abstimmung gestellter Fünf-Punkte-Plan hatte eine knappe Mehrheit erhalten – auch mit Stimmen der AfD.
Quelle: Zeit Online

2. **Pläne von CDU und CSU: Logistiker warnen vor Folgen von Grenzkontrollen**
   Flächendeckende, dauerhafte Grenzkontrollen – wie von der Union gefordert – könnten zu einem erheblichen Problem für die Logistikbranche werden. Der Verband warnt vor deutlich steigenden Kosten und unkalkulierbaren Lieferketten.
   Die Logistikbranche warnt vor erheblichen Störungen des freien Warenverkehrs durch die von der Union geforderten flächendeckenden und dauerhaften Kontrollen an allen deutschen Grenzen.

Quelle: tagesschau

dazu auch: **Geschichtsrevisionismus: Der Antrag von CDU/CSU zur Migration**
So einfach ist es: Man reduziert das Migrationsproblem auf die syrischen Flüchtlinge und macht für den damaligen dortigen Bürgerkrieg Putin verantwortlich. Wo sind in Deutschland die Proteste gegen eine solche Manipulation der historischen Wahrheit? Immerhin, es gibt, wenn auch vereinzelt, den Widerspruch: Berndt Liske hat sich erlaubt, die neuesten Aussagen von Friedrich Merz unter die Lupe zu nehmen. (cm)
Quelle: Globalbridge

und: **Auch die Kirchen sind Steigbügelhalter der AfD**
Die Türme der Nikolaikirche in Berlin
Seit Jahren stärken die beiden großen Kirchen denjenigen Politikern und Parteien den Rücken, die an einem gescheiterten Migrationsregime festhalten. Auch sie sind zu Steigbügelhaltern der AfD geworden.
Quelle: FAZ

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Auch ich habe an den Kirchen viel auszusetzen, z. B. wegen der vielen Fälle von Missbrauch, die zusätzlich meistens vertuscht wurden, und weil sie die asoziale und gesellschafts- und wirtschaftszerstörende „Agenda 2010“ wohlwollend unterstützt haben (hier und hier). Den Kirchen aber vorzuwerfen, dass sie sich für Menschen in Not einsetzen und dadurch angeblich den Aufstieg der AfD befördern, ist infam und soll wohl davon ablenken, dass sie diesmal die angeblich christlichen Parteien der Union für ihre gegen das Asylrecht gerichteten Gesetzesvorlagen kritisieren.*

3. **Grönland und die USA: Rutte ist machtlos**
   Die USA wollen Grönland annektieren – dabei ist die Insel durch ihre Bindung an Dänemark auch Nato-Mitglied. Doch Generalsekretär Rutte verteidigt sie nicht: Er ist machtlos. […]
   Normalerweise müßte Rutte nun Dänemark zur Seite springen. Doch das tut er nicht – zumindest nicht öffentlich. Nach einem Blitzbesuch der dänischen Regierungschefin Frederiksen im Nato-Hauptquartier schwieg er sich aus.
   Der Grund: Rutte ist machtlos. Er ist nur Generalsekretär, nicht jedoch Oberbefehlshaber der Nato. Das ist traditionell ein Amerikaner – und der kommandiert auch die europäischen Nato-Truppen.

Rutte kann allenfalls politisch eingreifen. Doch selbst da sind ihm die Hände gebunden. Die Osteuropäer wollen nicht, dass er Streit mit Trump sucht – sie hoffen immer noch auf US-Hilfe für die Ukraine.
Jetzt zeigt sich, was das Gerede von einer stärkeren europäischen Verteidigung oder einer "europäischen Säule" in der Nato wert ist: Nichts – jedenfalls dann nicht, wenn es gegen die USA geht…
Quelle: Lost in Europe

4. **Gutes Gas, schlechtes Gas**
   Die Russland-Sanktionen stellen einen Wirtschaftskrieg dar, der die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie aufs Korn nimmt. Wer sie befürwortet, setzt sich einfach nur für die Profitinteressen der US-Gaskonzerne ein – auch wenn das den eigenen wirtschaftlichen Niedergang bedeutet. Unbedarfte Beobachter wurden kürzlich von der Meldung über neue Rekordzahlen beim Import von russischem Flüssiggas in die EU überrascht. Deutschland sei dabei einer der Hauptabnehmer. Die Sanktionen gegen russische Energieimporte, die weitgehende Zerstörung der Nord-Stream-Pipeline sowie die Kappung des Transfers russischen Gases durch die Ukraine, haben zu einem Rekord des Importes von LNG-Gas aus den USA geführt. Aber auf der anderen Seite auch zu Rekordimporten von russischem Gas per Schiff.
   Quelle: Sevim Dagdelen auf Overton Magazin

   dazu auch: **„Am Grunde der Ostsee …" – oder: Über gute und schlechte Attentate**
   In der Baltischen See unterscheidet der Westen neuerdings zwischen erwünschten (Nordstream I und II) und unerwünschten (Beschädigung von Telekommunikationskabeln etc.) Sabotageakten. Die einen klärt man nie auf, gegen die anderen muss man sich tunlichst wappnen. – Eine bitterböse Persiflage.
   Quelle: Globalbridge

   und: **Arbeiten an Nord Stream 2 genehmigt**
   Die Betreibergesellschaft der Gas-Pipeline Nord Stream 2 darf erhaltende Maßnahmen an ihrer 2022 beschädigten Leitung in der Ostsee vornehmen. Die dänische Energieverwaltungsbehörde erteilte der zum russischen Gazprom-Konzern gehörenden Nord Stream 2 AG die Erlaubnis unter Auflagen. Es sollen spezielle Stopfen an den offenen Rohrenden installiert werden.
   Quelle: Süddeutsche

5. **General Motors schafft erstmals, was viele andere Autobauer nicht**

schaffen: Geld mit E-Autos verdienen
Bei der Vorstellung seiner Jahreszahlen hat General Motors am Dienstag einen wichtigen Meilenstein verkündet: Seine Elektrofahrzeuge sind rentabel.
Der Autohersteller aus Detroit erklärte, im Jahr 2024 erstmals einen „variablen Gewinn“ mit E-Wagen erwirtschaftet zu haben.
Im vergangenen Jahr baute der Konzern 189.000 Elektroautos und will in diesem Jahr 300.000 Fahrzeuge produzieren.
Quelle: Business Insider

6. **„Heute fehlt das Geld“: Kritik an milliardenschweren Dividenden bei VW**
Wirtschaftswissenschaftler: seit 2020 Dividenden in Höhe von 24 Milliarden Euro an Aktionäre / Keine Lohnerhöhung bei Volkswagen / Chefetage plant Lohnkürzungen bei anhaltender Krise
Laut dem Wirtschaftswissenschaftler Christian Kreiß sind die milliardenschweren Dividendenzahlungen der vergangenen Jahre mitverantwortlich für die aktuelle Krise des Automobilkonzerns Volkswagen (VW). Von 2020 bis 2023 wurden demnach insgesamt 24,71 Milliarden Euro an Aktionäre ausgeschüttet, inklusive einer Sonderdividende von 9,6 Milliarden Euro im Jahr 2023. Dieses Geld stehe nun nicht mehr als Reserve oder für Investitionszwecke zur Verfügung kritisiert Kreiß. Wären die Dividenden seit 2020 an die rund 673.500 Mitarbeiter des VW-Konzerns als Lohn ausgezahlt worden, hätte jeder Beschäftigte pro Jahr 9.170 Euro mehr verdient, errechnete der Professor für Volkswirtschaftslehre von der Hochschule Aalen. Dies entspräche einer Lohnerhöhung von 13,6 Prozent.
Quelle: multipolar

Anmerkung unseres Lesers H.M.: *Dann fordern Politiker wie Olaf Scholz, Stephan Weil – stellvertretend für eine Reihe einfallsloser Politiker, die nur mit Fördergeld winken können – finanzielle Anreize zum Kauf von überteuerter und technisch nicht ausgereifter E-Autos von VW, Audi und Co. – natürlich wieder auf Kosten der Steuerzahler. An die unternehmerische Verantwortung der Eigner (Aktionäre) wird nicht gedacht. Letztlich werden mit Fördergeldern in welcher Form auch immer (Abschreibungen, Zuschüsse etc.) nur die Dividenden von Aktionären gesichert, statt die Anteilseigner in die Verantwortung zu nehmen. Jeder Handwerker und Kleinbetrieb müssen solche Dinge selbst stemmen.*

dazu auch: **Sparhammer bei Audi: IG Metall spricht von „Liste des**

Grauens“
Audi setzt den Rotstift an: Laut einem Flugblatt der Gewerkschaft IG Metall sollen ganz konkret Löhne gesenkt, Beschäftigte ohne Absprache versetzt und Jubiläumszahlungen gestrichen werden. Das geht aus einem Flugblatt der Gewerkschaft hervor, das jetzt in den Audi-Werken in Neckarsulm (Kreis Heilbronn) und Ingolstadt (Bayern) verteilt wurde. Die Sparmaßnahmen waren bisher noch nicht öffentlich bekannt. In dem Flugblatt, das dem SWR vorliegt, spricht die IG Metall von einer „Schonungslos-Liste des Audi-Vorstands“. Zu den oben erwähnten Kürzungen und Vorgaben sollen außerdem aktuelle Tariferhöhungen zeitlich nach hinten verschoben werden, so die Gewerkschaft weiter. Für sie sind die Sparpläne des Audi-Managements nach eigenen Angaben eine „Liste des Grauens“.
Quelle: SWR

7. **70 Berliner Brücken müssen abgerissen werden: Droht ein Verkehrskollaps?**
   Der Berliner Verkehr fordert Nerven wie Drahtseile. Und es kommt noch schlimmer. 70 Brüchen müssen abgerissen werden. Das hat die Carolabrücke in Dresden damit zu tun.
   Berlin steht womöglich vor einem größeren Verkehrsproblem als bislang angenommen: Statt vier müssen stadtweit insgesamt 70 Brücken langfristig abgerissen werden. Grund dafür ist veralteter Spannstahl, der bereits zum Einsturz der Dresdner Carolabrücke geführt hatte.
   Quelle: Berliner Zeitung
8. **Wie Oligarch Abramowitsch mit seinen Yachten Millionen an Steuern hinterzogen haben dürfte**
   Leaks zeigen, wie aufwendige Offshore-Konstrukte verschleierten, wer wirklich hinter den Luxusyachten des sanktionierten Oligarchen steckt. Der Fiskus fiel offenbar darauf herein
   Quelle: der Standard

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Abramowitsch hat also beim Kauf und bei der (jeder?) Betankung Mehrwertsteuer geprellt, außerdem bei der Vercharterung der Yacht Steuern auf die Einkünfte. Nimmt man das pars pro toto, dann zahlen „die Superreichen“ nicht nur viel zu niedrige Steuern auf ihre Einkünfte, sondern nicht einmal Mehrwertsteuer, der unter normalen Umständen niemand entgehen und die ein Privatmensch definitiv nicht verweigern kann. Beim Erwerb der Milliardenvermögen haben sie Tausende*

andere ausgebeutet, und selbst beim Ausgeben des Geldes fallen bestenfalls Brosamen an für die Gesellschaften, die u. a. Infrastruktur und Rechtssysteme bezahlen. Pervers. Und die Behörden (zugegebenermaßen mehrerer Länder, was die Sache verkompliziert) zeigen auch nicht gerade übertriebenen Eifer, die zwei- bis dreistelligen Millionenbeträge einzutreiben, sodass viele Vorwürfe verjährt sind. Ganz wichtig in dem Zusammenhang ist dann die Verfolgung z. B. von Hartz-IV-Betroffenen, die möglicherweise mal ein geschenkte 20 Euro von Verwandten nicht beim Jobcenter angegeben haben.

9. **Jugendliche Rekruten: »Nie wieder dürfen Kinder eingezogen werden«**
   Bundeswehr rekrutiert weiterhin Minderjährige. Stadt Bonn gibt Daten heraus. Ein Gespräch mit Armin Lauven
   Das Friedensforum Bonn veranstaltet am Mittwoch eine Mahnwache und sammelt Unterschriften für den Appell »Beendet die Rekrutierung Jugendlicher«. Was genau ist das Ziel?
   Wie viele Aktivistinnen und Aktivisten der Friedensbewegung bin ich dafür, die Bundeswehr grundsätzlich abzuschaffen. Unser erstes Ziel ist: Werbung für die Bundeswehr muss unterbleiben – erst recht eine, die sich an Kinder und Jugendliche richtet. Das ist der Minimalkonsens. Jugendliche haben in den Streitkräften nichts zu suchen, unter 18 Jahren sowieso nicht. Die Bundeswehr aber wirbt an Schulen, im öffentlichen Raum und mit ihrer sogenannten Infopost gezielt für den Soldatendienst ab 17 Jahren. Sie verstößt damit gegen die Grundsätze der UN-Kinderrechtskonvention. 150 Staaten der Welt halten sich daran, die Bundesrepublik nimmt für sich Ausnahmeregelungen in Anspruch. Dafür rügte der »UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes« die Bundesregierung mehrfach.
   Quelle: junge Welt
10. **Bericht: Nato will geheime Militärinformationen an die Industrie weitergeben**
    Die Nato will nach Aussage von Generalsekretär Rutte auf eine „Denkweise in Kriegszeiten“ umstellen. Dazu soll das Bündnis laut einem Medienbericht bislang ungewöhnliche Schritte gehen.
    Quelle: Berliner Zeitung
11. **Friedensfürst Trump? Große Pläne, schmutzige Realität**
    Wie ehrlich Trump am Frieden interessiert ist, kann man in Gaza beobachten: Dort wurden seit Oktober 2023 laut Berichten mindestens 14.500 Kinder getötet und Tausende verletzt. Schätzungsweise 17.000 Kinder sind unbegleitet oder wurden von ihren Eltern getrennt, fast eine Million vertrieben.

Zu einem Frieden in Gaza hat Donald Trump konkret neue Pläne: Der Gaza-Streifen solle „geräumt“ werden und die dort lebenden Palästinenser sollen gefälligst umziehen, am besten nach Ägypten oder Jordanien.
So wie Trump irgendwas für den Ukraine-Krieg verkündet, ohne mit Wladimir Putin geredet zu haben, so schwafelt er über den Tod in Gaza, ohne mit den Palästinensern zu sprechen.
Quelle: Rationalgalerie

12. **In der sich erwärmenden Arktis schlummert eine einzigartige wirtschaftliche Chance**
Die Arktis erwärmt sich viermal schneller als die gesamt Erde. Das Eis schrumpft jedes Jahr um eine Fläche von der Größe Österreichs, sodass der erste eisfreie Tag in der Arktis noch vor 2030 eintreten könnte. Die Zahlen des Klimawandels in der Arktis klingen ernüchternd. Doch hinter einer sich erwärmenden Arktis verbirgt sich auch ein einzigartiges wirtschaftliches Potenzial.
Für Markt- und Eisbären ist ein Planet ohne Eisdecke eine Tragödie. Die Arktis erwärmt sich viermal schneller als die Welt insgesamt, wodurch das Eis jedes Jahr um eine Fläche von der Größe Österreichs schrumpft. Seit den 1980er Jahren ist das Eisvolumen um 70 % oder mehr zurückgegangen. Der erste eisfreie Tag in der Arktis könnte noch vor 2030 eintreten.
Quelle: Focus Online
13. **Von Stargate zu DeepSeek**
Der Erfolg des chinesischen Unternehmens DeepSeek bei der Herstellung kostengünstiger Künstlicher Intelligenz (KI) weckt in der deutschen KI-Branche Hoffnungen und könnte außenpolitische Folgen haben. DeepSeek ist es gelungen, ein KI-Modell herzustellen, dessen Qualität derjenigen des US-Branchenriesen OpenAI gleicht, das aber um ein Vielfaches billiger ist und ohne die für chinesische Firmen aufgrund von US-Sanktionen nicht mehr erhältlichen US-High-Tech-Chips auskommt. Der Durchbruch stellt das aktuelle Geschäftsmodell der US-Konzerne in Frage, die auf riesige, teure Datencenter setzen und dafür erst in der vergangenen Woche Investitionen in dreistelliger Milliardenhöhe angekündigt haben. Ihr KI-Projekt Stargate werde bis zu 500 Milliarden US-Dollar verschlingen, teilen OpenAI, Oracle und der japanische Tech-Investor SoftBank mit. Auf milliardenschwere US-Projekte haben zuletzt auch Konzerne aus Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten gesetzt; der DeepSeek-Erfolg könnte sie zu einer engeren KI-Kooperation mit China bewegen. Er verschafft außerdem deutschen Firmen Hoffnung, ohne allzu teure Datencenter konkurrenzfähig zu werden.

Quelle: German Foreign Policy

dazu: **Großer Sprung nach vorn**
Der Doppelwumms aus Hangzhou hat gesessen: Nach dem Debüt der beiden neuesten KI-Anwendungen aus der Volksrepublik China waren vor allem westliche Kapitalisten auch am Dienstag noch damit beschäftigt, die Einschläge an den Börsen zu verarbeiten. […]
Westliche IT-Riesen wie Alphabet (Google, Youtube u. a.) oder Microsoft (Windows, Open-AI) und Hardwarehersteller wie Broadcomm und Nvidia hatten Milliardensummen in Bewegung gesetzt, um sich ihren Platz an der KI-Sonne zu sichern. Das von der US-Regierung jüngst verkündete »Projekt Stargate« allein soll 500 Milliarden US-Dollar Privatkapital in Texas vergraben, um dort KI-Rechenzentren entstehen zu lassen. Daran beteiligt sein sollen Oracle, Softbank, der Fonds MGX aus den Vereinigten Arabischen Emiraten – und Nvidia. Profitieren soll ausschließlich das dem Microsoft-Konzern gehörende Unternehmen Open-AI mit ihrem LLM Chat-GPT, wie die Financial Times am Freitag berichtet hatte.
Die Entwickler im Dienste des Finanzkapitalisten und Deep-Seek-Chefs Liang Wenfeng hatten nach eigenen Angaben Chips von Nvidia mit niedrigerer Kapazität genutzt und für das »Training« ihres LLM weniger als umgerechnet 5,7 Millionen Euro aufgewendet. Nvidia hofft daher auf weiterhin hohe Nachfrage und entsprechende Geschäfte mit der Volksrepublik.
Quelle: junge Welt

dazu auch: **Trump: DeepSeek ist „Weckruf für die US-Technologiebranche“**
US-Präsident Donald Trump hat die Technologie für Künstliche Intelligenz des chinesischen Start-ups DeepSeek als einen „Weckruf für die US-Technologiebranche“ bezeichnet.
Quelle: CRI online

Anmerkung Christian Reimann: *Von wegen „America first“. Das ChatGPT-Pendant aus dem „größten Entwicklungsland der Welt“ China dürfte beim Team um US-Präsident Trump für einen Dämpfer sorgen. Nach einem ChatGPT-Pendant aus dem „besten Deutschland, das es jemals gegeben hat” sollte besser nicht gefragt werden.*

14. **NS-Experte zu Antisemitismus-Resolution: „Wissenschaftsfremd und wissenschaftsfeindlich“**

Am Mittwoch wendet sich der Bundestag in einer Resolution gegen Antisemitismus an Unis. Das greife die Wissenschaftsfreiheit an, sagt Historiker Ulrich Herbert. […]
Was Antisemitismus ist, wird in Israel, in den jüdischen Gemeinden und weltweit an Universitäten seit Langem intensiv und strittig diskutiert. Im Dezember 2019 protestierten 127 jüdische und israelische Intellektuelle gegen die IHRA-Definition, weil sie „bewusst Kritik und Opposition gegen die politischen Maßnahmen des Staates Israel mit Antisemitismus in Verbindung“ bringe. Im April 2023 kritisierten 60 Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch, European Jews for a Just Peace oder Medico International, dass die IHRA-Definition dazu verwendet werde, Kritik an der Politik Israels als „antisemitisch“ zu verunglimpfen.
Und der Bundestag beschließt nun, dass diese umstrittene Definition verbindlich für die Wissenschaft gelten soll – in Forschung und Lehre. Studierenden soll also die IHRA-Definition als die gültige Wahrheit vermittelt werden. Das ist wissenschaftsfremd und wissenschaftsfeindlich. Deswegen ist die Resolution in dieser Form inakzeptabel.
Quelle: taz

15. **„Wie geht’s, Deutschland“: Weidel darf reden, Wagenknecht nicht**
Das ZDF wollte mit der Live-Sendung „Wie geht’s, Deutschland“ für Orientierung und Versöhnung im verhärteten Wahlkampf sorgen, brachte aber nur Verkürzung und Verknappung.
Das ZDF hat es wirklich versucht. Es hat mit der Live-Sendung „Wie geht’s, Deutschland?“ versucht, auf die aufgeheizten Debatten im Land vor der Bundestagswahl zu reagieren, Politiker und Bürger in den Austausch zu bringen, konkrete Antworten auf komplexe Fragen zu liefern. Leider war das Konzept der Sendung komplett überfrachtet: Acht hochrangingen Politikern aller Parteien mit Bundestagschancen standen 25 (!) zugeschaltete Bürger gegenüber. In 90 Minuten konnte hier keine Balance der Wortbeiträge entstehen. Überraschenderweise kam Alice Weidel überproportional oft zu Wort, während Sahra Wagenknecht um kurze Statements kämpfen musste. Und es gab einen mysteriösen Nazi-Vorwurf aus dem Off.
Quelle: Berliner Zeitung